

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 37

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1.50 Mk. ohne Postgebühren. Nur Postbezugs-Bestellungen bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 29, Unter den Eichen 63. I. Fernruf: Morini. 5615

Berlin, den 5. September 1920

Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeile für 60 Pfennig; für Werbungsblätter 60 Pfennig; Stellenangebote 60 Pfennig; Verbandsmitteilungen 150 Pfennig. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

36. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 37. Wochenbeitrag für 1920 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Um unsere Mitglieder vor unnötigen Verlusten zu bewahren, ersuchen wir sie, ihre Beitragsmarken des öfteren daraufhin zu prüfen, daß sie fest im Mitgliedsbuch oder der Karte haften. Wo das nicht der Fall ist, klebe man sie nach.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Um unrichtige Auszahlungen zu vermeiden, machen wir nachstehend die Grundzüge für die Berechnung der Streifenunterstützung und was damit zusammenhängt bekannt, die nach dem gemeinschaftlichen Beschluß des Vorstandes und des Beirats seit dem 1. März d. J. in Geltung sind und bis auf weiteres Geltung behalten.

Grundzüge

für Berechnung der Streifenunterstützung.

- Die Höhe der Streifenunterstützung beträgt: In der Beitragsklasse

	I	II	III	IV	V
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
nach 26 Wochenbeitr.	15,60	21,60	27,—	34,80	48,—
" 52 "	21,60	24,—	33,—	43,20	54,—
" 156 "	24,—	30,—	39,—	48,—	60,—
" 260 "	30,—	36,—	45,—	54,—	66,—
" 520 "	36,—	42,—	51,—	60,—	72,—
- Außerdem kann für jedes Kind, dessen Ernährer der Streifenbesitzer ist, eine Unterstützung von 75 Pf. pro Tag gezahlt werden, wobei die Woche zu sechs Tagen zu rechnen ist.
- Frauen, die in Ehegemeinschaft leben, haben keinen Anspruch auf Unterstützung für ihre Kinder.
- Die Unterstützung darf insgesamt drei Viertel des bei regulärer Arbeitszeit erzielten Wochenverdienstes nicht übersteigen.
- Mitglieder, die bei Beginn des Streiks weniger als 26, aber mindestens 13 Wochenbeiträge entrichtet haben, können drei Viertel und Mitglieder, die bei Beginn des Streiks weniger als 13 Beiträge entrichtet hatten, können die Hälfte der Höhe bekommen, die für Mitglieder mit 26 Wochenbeiträgen bestimmt sind.
- Nichtmitglieder, das heißt solche Kollegen und Kolleginnen, die nicht mindestens am Tage vor Beginn des Streiks in unseren Verband eingetreten sind, können keine Unterstützung bekommen.
- Kommen bei der Auszahlung einzelne Tage in Betracht, so ist der Betrag der wöchentlichen Unterstützung durch sechs zu teilen und Pfennigbeträge nach oben auf zehn abzurunden.
- Dauert ein Streik weniger als vier Tage, so wird für diese Zeit Unterstützung nicht gezahlt.
- Mitgliedern, die bei Ausbruch des Streiks mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden die Rückstände bei der ersten Unterstützungsauszahlung in Abzug gebracht.
- Solche Mitglieder, die bei Ausbruch des Streiks noch keine 26 Wochenbeiträge gezahlt haben, müssen während der Dauer des ganzen Streiks Beiträge zahlen.

Der Verbandsvorstand.

Carlverhandlungen mit den Etuis- und Kartonnagefabrikanten.

Die in Leipzig am 25. und 26. August stattgefundenen Tarifverhandlungen mit den Etuis- und Kartonnagenfabrikanten boten im großen und ganzen das selbe Bild wie die mit den Buchbindereibesitzern gepflogenen Verhandlungen in der vorhergehenden Woche. Und auch im Endeffekt liefen sie auf dasselbe hinaus. Hier wie dort zeigte sich der feste Wille, die durch die Krise geschwächte Kraft der Arbeiterschaft weidlich auszunützen und unter allerlei fadencheinigen Gründen ihnen auch diesmal das zu verweigern, was man ihnen längst hätte bewilligen müssen: einen Lohn, der wenigstens einigermaßen an das Existenzminimum heranzieht. Hier versagte aber das soziale Verständnis vollständig, denn die Macht lag ja auf ihrer Seite.

Herr Schneider, der die Beratungen eröffnete, hob einleitend hervor, daß viele der Unternehmer bereits bei der Mittelung der heute stattfindenden Verhandlungen in ihren Antwortschreiben der schlechten Geschäftslage wegen gegen jede Lohnerhöhung sich ausgesprochen haben. Die Unternehmer ständen einmütig auf dem Standpunkt, daß man in erster Linie zur Hebung der Geschäftslage energische Schritte unternehmen müsse. In diesem Zweck wolle man unter allen Umständen einen Abbau der Warenpreise vornehmen. Wenn man auch anerkenne, daß dies in erster Linie auf Kosten der außerordentlich hohen Materialpreise zu geschehen habe, so könne man doch unmöglich auf der anderen Seite gleichzeitig die Löhne erhöhen. Die absolute Notwendigkeit der Lohnerhöhung müsse auch bestritten werden, da seit den letzten Tarifverhandlungen keine wesentliche Verteuerung des Lebensunterhalts eingetreten sei. Seit längerer Zeit wäre der Geschäftsgang ein solch schlechter, daß man in erster Linie alle Kraft dazu aufwenden müsse, denselben wieder zu heben, um die Arbeiter wieder voll beschäftigen zu können. Damit sei diesen mehr gebüht, als mit einer geringen Lohnerhöhung, die bei der stark verkürzten Arbeitszeit doch nicht sehr ins Gewicht falle.

Vom Kollegen Hauelsen wurde hierauf die von uns eingedachte Vorlage auf Lohnerhöhung begründet. Hiernach wurden gefordert: Für Facharbeiter 30—60 Pf., für Hilfsarbeiter 30—80 Pf., für Fach- und Hilfsarbeiterinnen 20—60 Pf. pro Stunde mehr. In seinen Ausführungen betonte H., daß wir die schlechte Geschäftslage wohl anerkennen. Doch solle man daran denken, daß das Eisenerzeugnis weder in Berlin noch in anderen Orten die Arbeiterschaft befriedigt hat und diese mit Recht bei den letzten Tarifverhandlungen über die geringen Zugeständnisse ungehalten waren. Man habe gehofft und sei darauf verfaßt, daß bei den Verhandlungen im Herbst mehr herauskommen würde. Die entgegengesetzten Ausführungen Schneiders bedauere er sehr, denn trotz alledem bestche sehr wohl die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Lohnerhöhung, weil die Kosten des Lebensunterhalts seit dem letzten Lohnabkommen ganz erheblich gestiegen sind. Zudem komme in Frage, daß die Löhne gerade in der Kartonnagen- und Etuisbranche hinter denen der Buchbindertarifs wie der übrigen Arbeiterschaft überhaupt ganz erheblich zurückstehen und nur etwa sieben Zehntel dessen betragen, was der Arbeiter zum Lebensunterhalt gebrauche. Es sei ganz ungerechtfertigt, den durchaus notwendigen Preisabbau der

Waren auf Kosten der Arbeiterschaft mit bewirken zu wollen. Mindestens bis zur Erreichung des Existenzminimums müsse man verlangen und erwarten, daß der Preisabbau nur auf Kosten der ungeheuer hohen Materialpreise und der Unternehmergewinne vorgenommen werde. Die Löhne selbst machen bei einem großen Teil der Kartonnagen nur einen geringen Prozentsatz der Warenpreise aus, so daß sie sehr wohl die geringe Steigerung, die wir in der Vorlage verlangen, gewähren könnten. Mit Recht wies Kollege Hauelsen weiter darauf hin, daß ein schlecht ernährter Arbeiter nicht so leistungsfähig sei und daß es eine verkehrte Wirtschaftspolitik wäre, die Kaufkraft der Arbeiterschaft dauernd so zu schwächen, daß sie nicht einmal das Allernotwendigste kaufen können. Umsonst rief er ihnen zu: „Haben Sie die Kaufkraft der großen Masse der Arbeiterschaft, dann tragen Sie einen wesentlichen Teil zur Befreiung der Krise bei!“ Alles Neben war zwecklos und selbst die überzeugendsten Gründe prallten wirkungslos an dem absoluten Widerstand der Unternehmer ab. Geradezu komisch muteten ihre beweglichen Klagen über angebliche starke Steuerbelastung an. Man schien allen Ernstes zu glauben, die Arbeiterschaft wisse nicht, wie fein man es oft versteht, diesen Besitzen ein Schnippschen zu schlagen. Und Herr Adler, der seine volkswirtschaftlichen Kenntnisse mit hochwichtiger Miene bei jeder Gelegenheit an den Mann zu bringen suchte, fühlte sich genötigt, so halb in Cassenjanenmanier über die „Buchbinder-Zeitung“ herzugreifen, weil sie mit dem Artikel Waldis über „Das Krisengepenst“ so sehr gegen das Unternehmertum gehetzt habe. Besonders die Forderung darin hat es ihm angetan, daß die Verkaufspreise selbst mit dem Opfer von Preisverlusten herabzusetzen sind, unbekümmert darum, wer dabei unter den Schritten kommt. Nach seiner Ansicht sei es weiter eine grundlose Hege, wenn Waldis den Unternehmern vorwerfe, daß sie Sabotage in ihren Geschäften trieben. Vielleicht erkundigt sich Herr Adler mal etwas eingehender bei dem Firmennamberg u. Kesson, Sittenfeld oder Herrn Dr. Decht, in welcher letzterer Kartonnagenfabrik der Werksführer — doch sicher nicht aus eigener Machtvollkommenheit — den Arbeitern drohte, die Firma werde einfach keine Arbeit mehr annehmen, um dadurch der Arbeiterschaft ihren Willen aufzuzwingen.

Da das Tarifamt schon vom Tage vor den Verhandlungen an tagte und der vielen Streikfälle wegen seine Beratungen nicht unterbrechen konnte, wurde in der Plenarversammlung eine Kommission gewählt, welche die Tarifverhandlungen nach der Aussprache im Plenum fortsetzte. Hier führte Kollege Hauelsen den Bericht. In der sich bis zum Abend hinziehenden Debatte wurden unsere Forderungen noch von den Kollegen Kemminger, Priemer, Thalheim u. a. nachdrücklich vertreten. Aber auch die besten Reden vermochten keinen Eindruck zu erzielen. Man gab von Unternehmerseite ohne weiteres die Notlage der Arbeiterschaft und die Berechtigung unserer Forderungen zu, nur erklärte man sich außerstande, auch nur das geringste bewilligen zu können. Selbst die Gleichstellung der Hilfsarbeiter mit den Facharbeitern, welche die Unternehmer bei den letzten Verhandlungen für die jetzigen Beratungen in sichere Aussicht gestellt hatten, wurde glatt abgelehnt. So endigten denn die Verhandlungen am ersten Tage damit, daß man sich leblich zur Verlängerung des Tarifs unter den bisherigen

Bedingungen bzw. Löhnen einverstanden erklärte. Aber selbst über die Dauer des bisherigen Tarifabkommens waren die Verhandlungen am anderen Tage knagewierig, da die Unternehmer durchaus am 31. Dezember 1920 festhielten und dann unter dem 30. November nicht zurückgeben wollten, während unsere Vertreter nur eine Verlängerung bis zum 31. Oktober glauben zustimmen zu können. Da die Kommissionsvertreter der Unternehmer sich nicht für autorisiert zu einem solchen Abkommen erklärten, mußten die weiteren Verhandlungen bis zur Beendigung der Tarifvertragsverhandlungen ausgesetzt werden. Aber auch im Plenum drohten die Verhandlungen völlig zu scheitern, bis dann Kollege Gemminger den Vermittlungsvorschlag machte, dem Tarifabkommen bis zum 30. November unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß die Unternehmer zu früheren Verhandlungen und Lohnerhöhungen ab 30. Oktober 1920 sich bereit erklären, wenn bei den Tarifverhandlungen mit den Buchbinderbeiträgern Ende Oktober eine Lohnerhöhung wegen weiterer Steigerung der Lebenshaltung zugestanden wird. Mit unbedingten Änderungen stimmte man diesem Antrage zu und kam darauf folgendes Abkommen zustande:

Das Lohnabkommen wird bis zum 30. November 1920 verlängert. Es ist erstmalig kündbar am 31. Oktober 1920 zum 30. November 1920 und läuft sonst von Monat zu Monat weiter. Sollten im Oktober verwandte größere Industrien genötigt sein, mit Rücksicht auf eine weitere wesentliche Erhöhung der Lebenshaltung eine allgemeine Lohnerhöhung auszuüben, so erklären sich die unterzeichneten Verbände bereit, in Unterhandlungen einzutreten, ob eine Lohnerhöhung ab 30. Oktober 1920 notwendig ist.

Leipzig, den 26. August 1920.

(Unterschriften.)

So außerordentlich dürftig das Ergebnis auch ist, werden wir uns — leider — mit Rücksicht auf die ungünstige Geschäftslage vorläufig damit abfinden müssen.

Für den 2. September sind nunmehr auch die seit Monaten erwarteten Tarifverhandlungen mit den Buchbinderbeiträgern in Leipzig in Aussicht genommen. Weber das Ergebnis derselben werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Kapitalistischer oder sozialistischer Wiederaufbau.

Die Vertreter des Gebankens vom „Einemachen in den Sozialismus“ befinden sich zurzeit in argen Schwierigkeiten. Nicht länger mehr können sie die harte Sprache der Tatsachen ignorieren. Jene Sprache, die uns erzählt von dem Auflösungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, unter deren Befehl alles Leben zugrunde geht. Von Teuerung, Arbeitszeitverlängerungen und Preissteigerungen, von Mißbrauch der Produktionsstätten, von Verschleßen der maschinellen Anlagen nach dem valutafreien Auslande, von steigenden Aktienkursen und Dividenden, von Luxus und Ausschweifung auf der einen Seite und von Arbeitslosigkeit, Hunger, Not und Elend, Seuchen und Massensterben auf der anderen Seite.

Da ist keine Spur organischer Fortentwicklung, kein Kampf nach neuen Formen zu entdecken, nur Zusammenbruch, Auflösung, Vernichtung grinst und fröhlichst aus aller Winkeln entgegen. Und die vom Wiederaufbau schreien, also vom kapitalistischen Wiederaufbau sprechen, übersehen dabei, daß dieser Versuch an seinen inneren Unmöglichkeitens scheitern muß. Wenn sie vom Wiederaufbau sprechen, dann haben sie jenen wunden Kapitalismus im Auge, der aus der handwerklichsteigerten Warenproduktion entstanden, sich im Konkurrenzkampf zu jenen eigentümlichen Formen, zu jenen riesenhaften Anstalten der gesellschaftlichen Produktivkräfte steigerte, unter deren Beschlämmern die Menschheit zu erfinden drohte. Und wieder glauben jene guten Leute aber schlechten Musikanten, würde sich derselbe Vorgang wiederholen, bis die Folgen der jährigen Zerstückelung begeben und der am 4. August 1914 unternommene

Prozeß des Einemachens in den Sozialismus seinen Fortgang nehmen kann. Dabei vergessen sie aber, daß der am Ende des Krieges, also am Anfang des gedachten Wiederaufbaues vorhandene Kapitalismus ein anderer ist als der junge wunde Kapitalismus etwa zu Beginn der 70er Jahre des verfluchten Jahrhunderts. Damals eine Unmenge kleiner einzelner Kapitalisten, die mit dem „schweren Geschütz der billigen Presse“ sich gegenseitig den Markt freitig zu machen suchten, heute eine verhältnismäßig kleine Anzahl gut organisierter Besitzer und Leiter der Produktionsmittel, die den Markt und damit die Konsumenten unter sich zur rationalsten Ausbeutung angeteilt haben. Dort das Bestreben, die Warenpreise möglichst niedrig zu halten, damit möglichst viel verkauft und mit der Steigerung des Absatzes auch der Profit steigt — hier alles Sinnen und Trachten darauf gerichtet, die Produktion möglichst einzuschränken, damit die Konkurrenz nicht wirksam werden kann, die Preise möglichst hoch bleiben und damit auch die aus der Kriegszeit übernommene Profitrate nicht sinkt. Schon immer war der Zweck und Sinn der kapitalistischen Wirtschaft die Erzeugung von möglichst viel Profit, aber dieses Streben fiel damals zusammen mit der Entwicklung zu immer höheren Stufen des Wirtschaftslebens, heute hingegen wird die kapitalistische Fülle zur Fessel der im Schoße der Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte.

Nach Karl Marx wäre damit jener Zeitpunkt gekommen, der gebietet eine revolutionäre Lösung des Widerspruchs zwischen den gesellschaftlichen Produktivkräften und den kapitalistischen Eigentümersverhältnissen erheißt. Doch hier stehen die zartbesaiteten Gemüter unserer Wiederaufbauanwärter. Sozialismus, meinen sie mit Fritz Neuter, ist eine schöne Sache, aber nur wenn man ihn hat. Aber dafür zu kämpfen mit allen verfügbaren Kräften, aber auch mit all jenen Opfern, den ein solcher Kampf mit sich bringt, das fällt ihnen nicht ein. Zwar wissen auch sie keinen anderen Ausweg, tragen selber mit Eifer die Nachrichten zusammen, die von der völligen hoffnungslosen Zerstückelung dieser Wirtschaftsordnung erzählen. Erzählen uns von der Abjaktion, die ihre Ursache in der steigenden Teuerung, der gesunkenen Kaufkraft der breiten Volksmassen hat, von der dadurch verursachten Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverlängerung, die wiederum ein weiteres Sinken der Konsumkraft, weiteren Niedergang des Wirtschaftslebens im Gefolge hat. Und sie stehen dabei, schlagen die Hände über dem Kopfe zusammen und — — — werden zu Sozialpredigern.

Ein typisches Beispiel dieser geradezu grandiosen Hilflosigkeit bietet uns der Aufsatz „Das Krisenopfer!“ von H. Wobst in Nr. 31 der „Buchbinder-Zeitung“. Schon die Art der Problemstellung ist bezeichnend für die Kurzsichtigkeit solcher wirtschaftlich-politischen Guckat-Ragel-Naturen. Wie stellt sich der gute Mann die Sache vor?

„Nachdem man sich verpekuliert hat (bei dem anscheinenden Wiederaufbau der Wirtschaft nach den ersten Revolutionsmonaten. D. Verf.), versucht man soviel wie möglich zu retten. Die Erbeher mit ihren geschäftlichen Umgangsformen, die Banken- und „Bänksen“ haben auch die Moral der zünftigen Unternehmerkreise angegriffen. Statt regulär zu produzieren und zu verkaufen, machte man ebenfalls in Spekulationsgeschäften. Nicht mehr mit kaltem Blut und weitem Blick wurde an die Zukunft gedacht, sondern unruhig und hastig ließ man sich auf Spekulationen ein. Und so ist der Crash gekommen.“

Da haben wir also die Versicherung, weil die Schieber die Moral der „zünftigen Unternehmerkreise“ angegriffen haben, weil man sich verpekuliert hat, nicht mit kaltem Blute in die Zukunft blickte, deshalb der Zusammenbruch mit all seinen schrecklichen Folgen. Woraus die Schlussfolgerung zu ziehen wäre, daß bei etwas mehr Geschäftstüchtigkeit, mehr moralischer Widerstandskraft, alles anders gekommen und der Kapitalismus auf dem besten Wege gewesen wäre, seine Herrschaft wieder aufzurichten. Und wenn dann alles wieder im Lot war, der Sozialismus sich schmerzlos sich verwirklichen ließe.

Wollt nun aber doch mal alles anders gekommen ist, deshalb weiß sich H. Wobst keinen anderen Rat als zu resignieren und — heißt was helfen mag — die Arbeitsgemeinschaften als Heilmittel zu empfehlen.

„Deshalb ist es notwendig,“ so sagt er, „mit genügender Deutlichkeit öffentlich die Verantwortung des Unternehmertums an diesen Krisenerscheinungen zu betonen.“

Und nachdem er geschrieben, wie die Unternehmer lieber die Betriebe schließen, ehe sie von der Profitwirtschaft ablassen, sagt er weiter:

„Wo bleibt hier die Kraft und die Macht der Unternehmerverbände?“

Die Antwort ist:

„Die Zersplitterung der Unternehmermacht in den Organisationen ist nur vorhanden, um gegen die Arbeiter zu rüsten, um die Arbeitgeberverbände zu stärken, eine „Gewerkschaft der Unternehmer“ zu gründen.“

Nachdem er so selber feststellen muß, wie die Kapitalistenklasse erkannt hat, daß es sich hier um Machtfragen, nicht um Fragen der besseren Einsicht handelt, schlägt er gleich wieder einen logischen Furchelbaum und empfiehlt im selben Atemzuge als einzige Rettung ein Zusammenarbeiten mit denselben Unternehmern, deren Schaden an dem Zusammenbruch, aber auch deren weitere Klüftung zum Kampf er eben festgestellt hat. Folgendermaßen stellt er sich die Sache vor:

„Den Interessen der Unternehmer stellt der Arbeiter hier seine eigenen entgegen. Im Arbeitslohn, Arbeitszeit und sonstige Bedingungen im Arbeitsvertrag finden die Auseinandersetzungen statt, die endgültige Vereinbarung gilt als bindend für beide Teile des ganzen Wirtschaftszweiges. Aber über die reine Arbeiterphäre hinaus ist innerhalb der Arbeitsgemeinschaften auch der Ort, die großen Fragen der Wirtschaftspolitik, der Produktion und Preise zu erörtern.“

Während also eine Gewerkschaft nach der anderen von den Arbeitsgemeinschaften zurücktritt oder zum mindesten nichts mehr von ihnen für den Befreiungskampf des Proletariats erwartet, unternimmt es unsere „Buchbinder-Zeitung“, das Problem der sozialen Revolution zu einer Frage um „Arbeitslohn, Arbeitszeit und sonstige Bedingungen des Arbeitsvertrages“ zu hempseln und das Zusammenarbeiten zwischen Kapital und Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften zu empfehlen. Nichts von Klassenkampf, nur lausige Mahnungen, moralische Weisheiten an die Adresse der Unternehmer sind die Auskunftsmitel, die hier empfohlen werden.

Es genügt diese Lausache festzustellen, um zu zeigen, wie heute noch immer der Geist des „Wirtschaftsriedens“ herumspukt. Wenn in den nächsten Wochen und Monaten der Zerstückelungsprozeß des Kapitalismus weiter fortschreitet, wenn neue Massen Arbeiter auf die Straße gesetzt, die Betriebe geschlossen werden, dann werden auch unsere Kollegen, sofern sie das nicht schon heute tun, die Frage aufwerfen, was dagegen zu tun sei. Und dann werden sie zur Einsicht kommen, daß hier alles Verbanne nichts mehr, sondern daß der Kapitalistenklasse das Verfügungsrecht über diese Betriebe entzogen werden muß. Dieser Kampf ist aber notwendigerweise ein politischer Machtkampf, der mit den allerkräftigsten Mitteln durchzuführen ist. Diesen Kampf kann sich das Proletariat nicht ersparen. Es hat nur eine Wahl, entweder es besiegt die Kapitalistenklasse als der Träger dieser Wirtschaftsanarchie und Sabotage oder es geht mit ihr zugrunde.

„Es führt kein anderer Weg nach Rühnrad.“

Hans Kargel, Frankfurt a. M.

*) Hier irrt Kollege K. sehr, wenn er meint, daß wir damit die Arbeitsgemeinschaften empfehlen wollen. Sowohl die „Buchbinder-Zeitung“ wie der Verbandsvorstand stehen bereits seit längerer Zeit den Arbeitsgemeinschaften ablehnend gegenüber und würde es lieber heute wie morgen sehen, sie aufzulösen. Leider ist dies aus bestimmten Gründen noch nicht möglich. Wir erinnern nur daran, daß erst auf dem neulich stattgefundenen Verbandstag der Buchbinder Kollege Gaudelien sich gegen die Arbeitsgemeinschaften ausgesprochen hat.

Wir sehen auch in den Ausführungen Wobsts keine unbedingte Empfehlung der Arbeitsgemeinschaften, sondern lassen sie mehr so auf, daß die Arbeitsgemeinschaften nur erst mal in der gegenwärtigen schwierigen Situation zeigen sollen, ob sie das sind, was sie sein wollen; also gewissermaßen die Belastungsprobe bestehen sollen. Die Red.

Leuerung.

Die Feststellung der wachsenden Lebensunterhaltskosten und ihr Vergleich mit den Löhnen hat für die Arbeiterklasse niemals eine größere Bedeutung gehabt als in der gegenwärtigen Zeit. Mit Recht haben daher verschiedene Volkswirtschaftler in letzter Zeit sich etwas eingehender mit dieser Frage beschäftigt. Ihre diesbezüglichen Feststellungen sind jedoch häufig von Arbeitsgebiete aus als ungenügend und übertrieben bezeichnet worden. Das dies bei den Feststellungen Dr. Kuchzniks nicht zutrifft, dieser sich vielmehr zugunsten der Arbeiter dabei berechnen hat, wird jetzt von dem Ergebnis in einer weiteren Untersuchung der heutigen Lebensunterhaltskosten bewiesen. Nach zweierlei Methoden kommt er dabei zu dem Ergebnis, daß im April-Mai 1920 für die Ernährung der 18- bis 18-jährige Betrag ausgeben werden mußte, als man 1913 dafür auszugeben hatte, und die Ernährung in Groß-Berlin im April-Mai 1920 im Durchschnitt rund 15 mal so teuer wie vor 7 Jahren war. Dagegen wurde in den monatlichen Heftberichten von Dr. K. das Existenzminimum im April nur auf das 12fache, im Mai auf das 12,9fache errechnet. Wörtlich heißt es hierüber in seinen Ausführungen:

Wenn man die gegenwärtige Leuerung messen will, so kann man zwei Wege einschlagen: Entweder man stellt fest, was man vor dem Kriege gekauft hat, wieviel das damals gekostet hat und wieviel das heute kosten würde, oder man stellt fest, was man heute kauft, wieviel das heute kostet und wieviel das vor dem Kriege gekostet hätte. Beide Wege führen zu unterschiedlichen Ansichten, aber keiner führt zum Ziele. Denn wenn man berechnet, was der Vorkriegsverbrauch heute kosten würde, so erscheint die Leuerung zu groß, daß viele Dinge, die man früher in Mengen kaufte, weil sie besonders billig waren, heute besonders teuer sind. Berechnet man aber, was der heutige Verbrauch vor dem Kriege gekostet hätte, so erscheint die Leuerung zu klein, da viele Dinge, die man heute in Mengen kauft, weil sie verhältnismäßig billig sind, vor dem Kriege verhältnismäßig teuer waren. Trotzdem empfiehlt es sich, beide Wege zu gehen, denn sie führen zu den Grenzen, innerhalb denen die Wahrheit liegt. Aus diesem Gedankengang heraus habe ich im zweiten Aufsatze des „Gemeinen Ernter“ berechnet: 1. Was haben sechs Schöneberger Arbeiterfamilien im April-Mai 1913 verzehret?; was haben sie damals für diese Nahrungsmengen ausgegeben, und was hätte das im April-Mai 1920 gekostet? 2. Wieviel kostete das Existenzminimum der Ernährung von sechs solchen Familien im April-Mai 1920?; was hätten dieselben Nahrungsmengen im April-Mai 1913 gekostet?

1. Die Unterlagen für die Berechnung des Verbrauchs im April-Mai 1913 lieferten die Haushaltsbücher, die von 53 Schöneberger Familien für das jährliche statistische Amt geführt wurden. Für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung wurden sechs Arbeiterpaare mit insgesamt elf Kindern ausgewählt. Ihr Gesamtverbrauch für Ernährung betrug im April-Mai 1913 1208 Mk. Es ist unmöglich, an dieser Stelle die umfangreiche Tabelle, die die Ausgaben im einzelnen nachweist, abzudrucken. Sie zeigt insbesondere, wie mannigfaltig die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung Groß-Berlins vor sieben Jahren war. Daß eine solche Ernährung einen starken Einfluß auf die geistige und gemüthliche Verfassung der Bevölkerung ausüben mußte, liegt auf der Hand. Dies mag vor allem diejenigen beherzigen, die immer noch nicht begreifen können, wie eigentlich die „Mentalität“ der gewöhnlichen Arbeiterklasse jetzt eine andere ist wie vor dem Kriege.

Heute ist es selbstverständlich ausgeschlossen, daß auch nur 5 Proz. der Groß-Berliner Bevölkerung sich so mannigfaltig ernähren könnten. Denn ein Teil der früher in großen Mengen verzehreten Nahrungsmittel ist inzwischen fast gänzlich vom Markt verschwunden. Will man also berechnen, was die Vorkriegsernährung der in diese Untersuchung einbezogenen sechs Familien heute kosten würde, so muß man vorhergehende gewisse Zusammenfassungen vornehmen. Denn es würde schließlich doch auf eine Zusammenfassung hinauslaufen, wenn man berechnen wollte, wie groß der Aufwand einer Familie wäre, die sich heute darauf kopirieren würde, bei einem Gesamtverbrauch von 100,8 Kilogramm Fleisch nun ausgerechnet fünfzigstel Kilogramm Hammelfleisch, Schafan und zu essen. Man wird vielmehr so vorgehen müssen, daß man sagt: die 23 in die Untersuchung einbezogenen Personen verzehrten im April-Mai 1913 189,8 Kilogramm Fleisch für 922,75 Mk. Im April-Mai 1920 hatten 23 im gleichen Alter stehende Personen Anspruch auf 46,8 Kilogramm rationiertes Fleisch zu einem Preis von 1033 Mk. Wenn sie sich die übrigen 123 Kilogramm im Schleichhandel kauften, so hätten sie dafür, falls sie zur Hälfte Rindfleisch für 32 Mk. das Kilogramm und zur Hälfte Schweinefleisch für 40 Mk. das Kilogramm

genommen hätten, 4427 Mk. aufzubringen. Ihr Fleischverbrauch unter Zuzurechnung der im April-Mai 1913 verbrauchten Mengen kostete aber 1038 Mk. plus 4427 Mk. = 5465 Mk. In ähnlicher Weise bin ich für die anderen Nahrungsmittel verfahren, habe also z. B. alle Getreidefrüchte zusammengefaßt, ebenso alle Milch, alle Käsemittel usw. Dann ergibt sich eine Steigerung der Gesamtausgabe für Ernährung von 1203 Mk. im April-Mai 1913 auf 20976 Mk. im April-Mai 1920. Auf den Kopf und den Tag bedeutet das eine Steigerung von 92 Pf. auf 14,96 Mk. Eine Familie also, die sich zwar nicht so mannigfaltig und nicht so schmackhaft, aber doch ähnlich ernähren wollte wie vor sieben Jahren, müßte dafür im April-Mai 1920 den 16fachen Betrag ausgeben.

2. Um die umgekehrte Berechnung aufzumachen, d. h. nun festzustellen, was der heutige Verbrauch vor dem Kriege gekostet hätte, habe ich zunächst ermittelt, welche Nationen an 6 Familien mit der entsprechenden Altersgliederung für April-Mai 1920 in Berlin-Schöneberg bereit wurden, was diese Nationen tatsächlich kosteten, und was sie im April-Mai 1913 gekostet hätten. Da zeigt sich, daß die gleichen Mengen, die jetzt 4661 Mk. kosteten, vor 7 Jahren 406 Mk. erfordert hätten. Die Nation, die jetzt auf den Kopf und den Tag 3,53 Mk. kostete, hätte sich vor dem Kriege auf nur 20 Pf. gestellt. Diese Nation reichte aber natürlich nicht entfernt aus, um den Mindestbedarf eines erwachsenen Menschen zu decken. Der Nährwert der 23 Personen für die zwei Monate zuzurechnenden Nationen betrug nämlich 2337 000 Kalorien. Nach den Berechnungen von Pung brauchen nur 23 Personen der obigen Altersgliederung in zwei Monaten 3 294 000 Kalorien. Und es ist interessant festzustellen, daß die von diesen 23 Personen im April-Mai 1913 verbrauchten Mengen einen Nährwert von 3 450 000 Kalorien hatten, also um etw. 6 Proz. über den physiologischen Bedarf hinausgingen. Im April-Mai 1920 mußten nämlich die 23 Personen, um ihr Existenzminimum zu decken, zu den Nationen noch Nahrungsmittel im Nährwert von 3 204 000 — 2 337 000 = 867 000 Kalorien hinzukaufen. Diese konnten sie sich billiger für 2878 Mk. gegenüber 201 Mk. vor sieben Jahren beschaffen. Im ganzen mußten also die sechs Familien im April-Mai 1920 mindestens 7829 Mk. für ihre Ernährung ausgeben. Die gleichen Mengen hätten im April-Mai 1913 nur 607 Mk. gekostet. Auf den Kopf und den Tag bedeutet das eine Steigerung von 43 Pf. auf 5,58 Mk. Eine Familie also, die sich vor sieben Jahren so ernährt hätte, wie es im April-Mai 1920 am billigsten war, würde damals 1/10 soviel ausgegeben haben wie jetzt.

Ein Vergleich der Ergebnisse der beiden Berechnungsmethoden zeigt mitnächst, daß die Ernährung in Groß-Berlin im April-Mai 1920 rund 15mal so teuer war wie vor sieben Jahren.

Der Betriebsrätekongreß.

Zum erstenmal seit Bestehen des Betriebsrätegesetzes werden die Betriebsräte ganz Deutschlands aufgerufen, zu einem Kongreß Delegierte zu entsenden und zu dem für sie hochaktuellen Fragen Stellung zu nehmen. Wenn die Wahlen zu dem Kongreß leider nicht in einer in der Arbeiterbewegung sonst üblichen und wünschenswerten Art vorgenommen werden können, so wird man dies mit Rücksicht auf die kurze Frist bis zum Kongreß und die dabei zu überwindenden Schwierigkeiten wohl entschuldigen müssen. Denn zweifellos ist die schnelle Einberufung wichtiger als eine korrektere Ausarbeitung des Wahlreglements. Die Betriebsräte stehen jetzt im Brennpunkt des ganzen Wirtschaftslebens. Dieses aber erfordert dringend eine baldige Stellungnahme zu den einzelnen Punkten, wie sie die Tagesordnung vorsetzt. Vielfach und verantwortungsvoll sind die Aufgaben, die den Betriebsräten schon jetzt zugewiesen sind, aber noch weit schwieriger und verantwortungsvoller sind die Fragen, vor die sie in Zukunft nach der notwendigen Erweiterung ihrer Machtbefugnisse gestellt werden müssen. Ihre Aufgaben sind so schwierig und gewaltig, daß sie in der jetzigen Zeit unersetzlich für den völligen Zusammenbruch seiner unüberwindlich erscheinen. Aber unter Enghleißen werden und dürfen wir trotz aller Schwierigkeiten und der Kleinartigkeit des Tages nicht aus dem Auge lassen: Die Unterstützung der sozialistischen Wirtschaft. Hier haben die Betriebsräte neben den Arbeitern für die gegenwärtige Zeit wertvolle Vorarbeiten für die Zukunft zu leisten. Und wenn die Unternehmer mit allem Nachdruck auf der ganzen Linie dazu übergegangen sind, die Rechte der Betriebsräte in der strengsten Weise zu beschneiden oder sie mit ihrem Gelde auszulösen, so muß um so nachdrücklicher von den Betriebsräten die Forderung auf Erwei-

terung ihrer Rechte erhoben werden. Und zwar sowohl durch Bekräftigung der unklaren Bestimmungen im Betriebsrätegesetz, wie auch durch Erweiterung ihrer Rechte auf das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht bei der Produktion, Preisbildung, Einstellung, Entlassung usw.

Voraussetzung für ein gedeihliches Weiterarbeiten im vorgezeichneten Sinne ist allerdings eine günstige Lösung der Organisationsfrage, die als letztes auf der Tagesordnung steht. Hier gibt es nur einen Weg: die Einigkeit und der feste Wille der Betriebsräte, trotz aller Meinungsverschiedenheiten sich als ein Teil des Ganzen zu betätigen und in geschlossener Front mit den Gewerkschaften als deren Glieder den Kampf mit den Unternehmern zielbewußt weiterzuführen. Nur mit dieser Einheitsfront wird es der organisierten Arbeiterklasse möglich sein, den Kampf mit den Unternehmern siegreich zu bestehen und sich den Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu sichern, der ihnen zusteht.

Deprimierend und beschämend wirkt es nun allerdings, daß auch schon bei den jetzigen Wahlen von der Berliner-Gesellschaft Betriebsräte durch die Zentralleitung der U. S. B. ein Aufruf ergeht, zu dem Kongreß nur „revolutionäre“ Betriebsräte zu wählen; darunter versteht man offenbar nur solche, die für Sonderbündel der Betriebsräte, also gegen den Anschluß an die Gewerkschaft sind. Die Betriebsräte können nicht dringend genug gewarnt werden, diesem Aufruf Folge zu leisten. Wie man die revolutionäre Bestimmung der Betriebsräte sich denkt, dafür bieten die jetzigen Vorkommnisse in Berlin ein typisches Beispiel, wo man die beiden Vorstehenden der Bahnhofs- und Holzarbeiterverbände, den U. S. B. Siegler sowie den A. P. D. Zirkel ihres Amtes enthoben hat, weil dieselben für ein gemeinsames Zusammengehen der Gewerkschaftskommission mit der Betriebsrätezentrale eingetreten sind und dafür gestimmt haben.

Kraft schien es vor einiger Zeit, als ob die Perestrojka in der Berliner Betriebsrätebewegung ihr Ende erreicht hätte. Leider ist das nicht der Fall. Die Berliner Gewerkschaftskommission ist der Betriebsrätezentrale schon viel zu weit entgegengekommen. Geben doch deshalb sowohl die U. S. B. Betriebsräte wie die A. P. D. abgelehnt, auf dieser den Richtlinien des U. S. B. widersprechenden Grundlage sich zu einigen. Aber den Verfassern der selbständigen Räteorganisation ist selbst dieses Entgegenkommen noch nicht weit genug. Ihr Ziel ist Perspiration und Sprengung der Gewerkschaften und Propagierung der syndikalistischen Betriebsorganisationen. Deshalb warnen wir unsere Mitglieder nachdrücklich, den Rufstufen dieser sich revolutionär gehärdenden aber reaktionär handelnden Kofeln Folge zu leisten und die Einigkeit und geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse über alles zu stellen. Eine der wichtigsten Aufgaben des Kongresses ist es daher, mit aller Deutlichkeit und Einmütigkeit die Notwendigkeit des geschlossenen Zusammengehens, die innige Gemeinschaft zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften zu betonen. Nur so ist eine Gesundung und Kräftigung der Gewerkschaftsbewegung gewährleistet.

Die Wahlen zum 1. Betriebsrätekongreß.

Damit alle Verufe und Besitze auf dem Kongreß am 5. und 6. Oktober in Berlin vertreten sind, darf die Zahl der Delegierten nicht zu gering bemessen werden. Es sollen daher nach den Mitteilungen des Gewerkschaftsbundes etwa 1100 Delegierte an dem Kongreß teilnehmen. Da die Delegierten, die in den Betrieben beschäftigt sind, auf dem Kongreß vertreten sein sollen, so müßten als Unterlage für die Verteilung der Delegierten die Ergebnisse der Betriebsräteabzählung gelten. Die letzte Abzählung erfolgte 1907. Schon unter normalen Verhältnissen würden jene Zahlen nicht mehr zutreffend sein. Der Krieg hat aber eine große Veränderung der Beschäftigtenanzahl in verschiedenen Industrien herbeigeführt. Die untenstehenden Tabellen werden dies erweisen. So hatte die Metallindustrie nach der Betriebsräteabzählung von 1907 1722 000 Beschäftigte und nach der letzten Feststellung 1 808 000 Organisierte. Und in unserem Verufe wurden 85 000 Beschäftigte gezählt, während wir jetzt fast ebensoviel Organisierte haben. Die Ergebnisse der Betriebsräteabzählung können somit für die Verteilung der Delegierten nicht verwendet werden. Es muß daher die Zahl der Organisierten, die im Juli dieses Jahres festgestellt wurde, als Unterlage dienen, wobei für wichtige Verufe auch die Beschäftigtenanzahl zu berücksichtigen ist. Im Durchschnitt soll auf rund 9000 Organisierte ein Delegierter entfallen. Ihre Verteilung auf die einzelnen Industriegruppen zeigt die nachstehende Zusammen-

Industriebranche	Beschäftigt nach der Betriebszählg. 1907	Mitglieder im Juli 1920	Rahl der Delegierten
1. Landarbeiter	4 470 779	700 000	200
2. Angestellte	1 051 895	478 244	112
3. Bergarbeiter	612 485	426 000	48
4. Rangarbeiter	1 581 004	651 767	78
5. Metallindustrie	1 722 205	1 808 177	205
6. Holzindustrie	585 065	416 489	48
7. Graph. Gewerbe und zwar:	263 182	218 680	25
Buchbinder	85 366	82 058	9
Buchdrucker	115 297	71 000	8
Buchdr.-Hilfsarb.	—	41 431	5
Lithographen	52 499	10 200	3
8. Nahrungs- und Genussmittelindustrie	647 082	268 622	30
9. Bekleidungsindustrie	395 478	191 788	23
10. Textilindustrie	867 855	498 471	55
11. Lederindustrie	282 552	139 390	18
12. Keramische Gewerbe	183 794	121 490	15
13. Transportgewerbe	1 874 673	1 059 660	119
14. Beherbergung und Erziehung	294 611	120 000	15
15. Sonstige Gewerbe	1 121 580	965 908	109
Summa	15 214 170	8 084 714	1100

Die Delegierten müssen aus den Reihen der Betriebsräte gewählt werden und mindestens ein Jahr organisiert sein.

Delegierte zum Betriebsrätekongress, die während der Dauer des Kongresses ein Logis in Berlin besetzt haben wollen, werden ersucht, dieses bis zum 10. September mit dem Vermerk: „Logisbeschaffung“ (auf dem Briefumschlag), an die feiergenossenschaftliche Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. B.) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), Berlin S. O. 16, Engelauer 15 IV, schriftlich mitzuteilen.

Der Konflikt in den Buchbinderereien.

Neber den in den Betrieben des Verbandes deutscher Buchbinderereibesitzer in Berlin ausgebrochenen Konflikt bringt der „Vorwärts“ folgenden Bericht:

Durch den am 20. August vom Reichsarbeitsamt für rechtsverbindlich erklärten Schiedsspruch sind die Buchbinderereibesitzer in den vier Tarifstädten Berlin, Leipzig, Stuttgart und München verpflichtet, rückwirkend vom 19. Juli Lohnzulagen zu zahlen. Die Unternehmer weigern sich, diese Verpflichtung zu erfüllen. Sie bestreiten dem Demobilisierungskommissar das Recht, durch Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs „in ihren privaten Angelegenheiten eingzugreifen“ und wollen den Klageweg bis zur höchsten Instanz beschreiten, um ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen. Andererseits wollen aber auch die Arbeitnehmer kein Mittel unersucht lassen, um die ihnen zustehende Zulage zu erhalten. In Leipzig, Stuttgart und München ist die Situation gegenwärtig nicht so günstig, daß die Arbeitnehmer eine Kampffraktion unternehmen könnten. Sie wollen die Zulagen in jedem Einzelfalle durch Klagen beim Gewerbegericht erstreiten.

In den Berliner Großbuchbinderereien ist die Geschäftslage zurzeit nicht ungünstig. Die Arbeiter haben deshalb beschlossen, durch passive Resistenz die Unternehmer zur Befolgung des Schiedsspruches zu zwingen. Der Beschluß ist vorige Woche ausgeführt worden, darauf haben die Unternehmer mit weiteren Maßnahmen gedroht für den Fall, daß am Montag nicht wieder ordnungsgemäß gearbeitet werde. Da die Arbeiter nicht willens waren, den Kampf ohne

Erfolg aufzugeben, so war die Drohung der Unternehmer gleichbedeutend mit der Aussperrung, die denn auch am Montag, den 30. 8., tatsächlich eintrat, da die Arbeiter nicht in die Betriebe gingen.

In einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Ausgesperrten teilte die Branchenleitung mit, daß sich die Unternehmer zu neuen Verhandlungen bereit erklärt haben und daß die Branchenleitung an den Verhandlungen teilnehmen werde. Sollten die Unternehmer willens sein, nur die Nachzahlung zu verzweigen, die laufende Zulage aber zu zahlen, so empfiehlt die Ortsverwaltung, von einer Fortführung des Kampfes abzusehen und wegen der Nachzahlung beim Gewerbegericht zu klagen.

Im Laufe der Versammlung ging die Nachricht ein, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes augenblicklich nicht zu erreichen ist, weil er eine Konferenz in Leipzig abhält. Der Sanitätsrat des Arbeitgeberverbandes hat der Branchenleitung unverbindlich mitgeteilt, die Arbeitgeber würden sich wohl nicht weigern, die laufende Zulage zu zahlen, aber die Nachzahlung zu gewähren, sei ihnen nicht möglich, doch würde sich über diesen Punkt vielleicht eine Verständigung erzielen lassen. — Die Mitgliederversammlung der Berliner Arbeitgeber, die gleichzeitig tagte, ließ mitteilen, daß sie den Kampf zu vermeiden wünsche, bindende Zusagen in Abwesenheit ihres Vorsitzenden aber nicht machen könne, jedoch die Frett für die Rückkehr zur Arbeit bis Dienstag verlängere.

Die Versammlung, in der eine lebhafteste Kampfstimmung herrschte, beschloß nach längerer Debatte, falls die Arbeitgeber bis Dienstag abend die bindende Zulage geben, die laufende Zulage vom 19. August ab zu zahlen, am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Wegen der Nachzahlung wird der Klageweg vorbehalten.

Rundschau.

Oesterreichische Kinder in Deutschland. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes macht darauf aufmerksam, daß der Wiener Genosse Ludwig Hannes widerrechtlich erholungsbedürftige Wiener Kinder in Deutschland unterzubringen sucht, da weder die österröichische Gewerkschaftskommission noch der Parteivorstand seine Zustimmung hierzu gegeben haben. Die österröichische Gewerkschaftskommission teilt übrigens auch die Bedenken unserer deutschen Genossen, gerade in Deutschland, das selbst für bedürftige Kinder die Hilfe des Auslandes in Anspruch nehmen muß, Wiener Kinder unterzubringen.

Abrechnung

von Stroif bei der Firma „Graphische Werte“ in Dresden.

Einnahme:	
Aus der Verbandskasse	8 084,75 M.
„ „ Lokalkasse	498,30
	8 583,05 M.
Ausgabe:	
An 2 verh. männl. Mitgl.	450,— M.
„ 1 led. männl. Mitgl.	144,—
„ 8 weibl. Mitgl.	2 439,75
„ 8 Kinder	45,—
	3 084,75 M.
	498,30 M.

Revidiert und für richtig befunden:
Dresden, den 19. August 1920.

W. Kohl, Kassierer.
Emil Hoffmann, Emil Hamann, Revisoren.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.
B. = Bevollmächtigter, K. = Kassierer.
Duisburg-Ruhrort. B.: S. Zühlmann, Duisburg, Finkenstr. 19 I. K.: Fr. Wüstens, Neudorferstraße 64 I.
Hanau. B.: A. Schmidt, In den Türkischen Gärten 18 pt. K.: O. Wölgel, Schirnstr. 11.
Liegnitz. B.: Runge, Schloßstr. 28 I. K.: W. Opiß, Neue Gahnauer Str. 1 II.
Oldenburg. B.: R. Frey, Oldenburg-Bürgerfeld, Dietrichsweg 31. K.: A. Neumann, Ludwigstraße 3.
Weimar. B.: P. Busch, Schöbergasse 6 III. K.: P. Wajchau, Schürst. 20 III. U.: G. Wiesner, Gläserstr. 11, part.

Abrechnungen

Vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 30. August bei der Verbandskasse ein von:
Dessau 1100 M., Halle a. S. 10 000 M., Bonn 5000 M., Mannheim 2500 M., Bliauer i. B. 4400 M., Wart, Sebnitz — M., Zwickau 4400 M., Freiburg i. Br. 1400 M., Köppingen 2500 M., Wapreuth — M., Würzburg 2000 M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Köstlin, Torgau, Jümenau, Weiskensfeld, Ziersdorf, Reuwig, Solingen-Wald, Wiesdorf, Hanau, Kirchheimbolanden, Birmasens, Freiberg a. S., Grimma, Kirchheim-Teck, Elm a. D. Wir ersuchen die Verwaltungen dieser Zahlstellen dringend, dafür besorgt zu sein, daß die Abrechnungen nun schnellstens eingekandt werden.
Fr. Bender.

Briefkasten.

G. u. M. in Dr.: Versammlungsberichte, die lediglich den Inhalt des Referats wiedergeben, können nicht Aufnahme finden.

Sterbetafel.

Folgende Mitglieder sind gestorben:
Bielefeld. Fritz Welscher, Buchbinder, 26 Jahre, Bluterkrankung.
Breslau. Otto Scholz, 27 Jahre, Lungenschwindsucht.
— Karl Kerler, 25 Jahre, Lungenschwindsucht.
Chemnitz. Anna Schubert, 45 Jahre.
— Friedrich Schindhelm, 45 Jahre.
Dresden. Alma Bartusch, Prägerin, 48 Jahre, Grippe.
Eisenberg. Albin Gahn, Etuisarbeiter, 48 Jahre, Grippe.
— Hermann Heinke, Etuisarbeiter, 27 Jahre.
Glogau. Alfred Berndt, Buchbinder, 72 Jahre, Altersschwäche.
Kassel. Emma Gaur, Arbeiterin, Lungenleiden.
Magdeburg. Frau Elise Reusch, Etuisarbeiterin, 27 Jahre, Preitod.
— Lisbeth Manns, Etuisarbeiterin, 20 J., Tuberkulose.
— Elise Ritter, Kartonnagenarbeiterin, 84 Jahre, Lungenleiden.
Oberwiesenthal. Siebold Wenzl, 20 Jahre, Lungenleiden.
Potsdam. Walter Desmer, Buchbinder, 30 Jahre, Nerven- und Lungenleiden.
Allen ein ehrendes Andenken!

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Einladung
Zu der am Dienstag, den 14. September 1920, abds. 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3, stattfindenden

außerordentlichen Ausschusssitzung

werden die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Ausschuss hiermit eingeladen.

Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Veränderung der Dienstordnung. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.
A. Gottesmann, Fr. Keefe, Vorsitzender, Schriftföher.

Schreibleihen, weisbuch, emp. J. Gabel, Ebersfeld, Gesundheitsstr. 74.

Züchtige Etuisarbeiter

die selbständig arbeiten können, auf Uhren- und Schmucketuis gesucht. Offerten u. 3569 an die Exped. der „Freien Presse“, Pforzheim, erbeten.

Steindruckfarben

Schlagmetall, Blattgold, Antilin- und Bronzefarben lauff Winfler's Farbenhandlung Berlin, Neichenberger Straße 120. (Auch keine Posten)

Anzeigen

finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingekandt ist.

Buchbinderei-Einrichtung

Vollständige, tadellos erhaltene mit großer Pappschneidemaschine und Papier Schneidemaschine ist spottbillig zu verkaufen.
A. Timm, Linden i. Holstein.

Inserate

die kein berufliches Interesse haben, finden keine Aufnahme mehr. Ebenso werden Glückwunsch- und Todesanzeigen nicht mehr aufgenommen.
Exped. der Buchbinder-Zeitung

Die Reichstarife für das Buchbindergewerbe und für die Etuis- und Kartonnagenindustrie sind erschienen und bei allen Gau- und Ortsverwaltungen zu haben. Preis für Mitglieder je 50 Pfennig